

Bezugspreis:
Für den Monat Oktober 20.— M.,
vierteljährlich 55.— M., halbjährlich
105.— M., jährlich 205.— M., für das
Ausland 240.— M., für das Ausland
zusätzlich 20.— M. Postgebühren
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Estland, Finnland, Frankreich,
Holland, Italien, Jugoslawien, Oester-
reich, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slawien und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wochentags zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Deuts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Ver. Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigenspalte
kostet 20.— M., zweiseitige 30.— M.
„Kleine Anzeigen“ das heißt gedruckt
Wort 12.— M., (außerdem zwei farbige
druckte Worte), jedes weitere Wort
10.— M., Streifenbeleg und Schla-
fensanzeigen das erste Wort 7.— M.,
jedes weitere Wort 5.— M., Wort
über 15 Buchstaben zahlen für zwei
Worte. Familien-Anzeigen für über-
nehmen Seite 15.— M.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags in
Kaufgeschäfts Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gebühren
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-293
und 2506-2507

Montag, den 2. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-
Abteilung: Dönhofs 2506-2507

Verdreifachung des Brotpreises?

Giesberts für Zwangswirtschaft.

Nach einer Meldung der T.L. erklärte am Sonntag der Reichspostminister Giesberts auf dem Verbandstage katholischer Arbeiter- und Knappschaftsvereine Westdeutschlands, daß man mit einer Verdreifachung des Brotpreises rechnen müsse, und zwar spätestens am 1. November. Die Regierung werde dann wahrscheinlich nicht um die Tatsache herumkommen, zum gleichen Termin die Zwangswirtschaft für Brot, Fett und Milch wieder einzuführen.

Diese Ankündigung des Reichspostministers wirkt nach jeder Richtung alarmierend. Eine Verdreifachung des heute schon unerträglichen Brotpreises muß zu den schwersten Erschütterungen führen, wenn nicht endlich entschiedene Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Der Gedanke der Zwangswirtschaft gewinnt angesichts der Bucherfreiheit immer mehr Anhänger in den Kreisen, die bisher sich in dem Glauben gewiegt haben, daß die Handelsfreiheit billige und reichliche Ware bringen werde. Es ist deshalb ein beachtliches Zeichen, daß sich ein Zentrumminister im Interesse der Arbeiter für die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft ausspricht, während der Reichsernährungsminister bisher nur mit Widerstreben den Anfang oder Rest der öffentlichen Bewirtschaftung, die Getreideumlage, mitmachte.

Man darf unter den heutigen Verhältnissen von einer Wiedereinführung der Zwangswirtschaft natürlich ebenso wenig Wunder erwarten, wie die kapitalistisch interessierte Presse sie von der freien Wirtschaft vorauslagte. Aber die Erfüllung wesentlicher Teile des Ernährungsguts in öffentlicher Hand kann wenigstens jedem im Lande ein Mindestmaß davon sichern, während die „freie Wirtschaft“ bisher nur die Freiheit zum Austausch der anderen gebracht hatte.

Sitzung der Ver. Soz. Reichstagsfraktion.

Um den Preis des Umlagegetreides.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages trafen heute zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung zusammen. Zur Besprechung standen die Bestrebungen der Agrarier auf Erhöhung der Preise für das Umlagegetreide, die teilweise, wenn auch in veränderter Weise, von den Vertretern fast aller Reichstagsfraktionen als berechtigt anerkannt werden.

Eine Wahl des neuen Fraktionsvorstandes mußte aus technischen Gründen verschoben werden und wird in der ersten Sitzung vor Fränkentritt des Reichstages stattfinden. Voraussichtlich übernahmen die Genossen Hermann Müller und Dittmann den Vorsitz. Hermann Müller gab für die bisherige sozialdemokratische Fraktion den Wunsch auf ein brüderliches und kameradschaftliches Zusammenarbeiten der nunmehr geschlossenen marschierenden Fraktion Ausdruck, dem sich Dittmann für die bisherige U.S.P.-Fraktion anschloß. Sodann ehrte die Fraktion das Andenken des verstorbenen Genossen Pinkau Leipzig.

Zur Tagesordnung übergehend berichtete Genosse Müller zunächst über die in der Zwischenzeit geführten Verhandlungen über die Erhöhung der Preise für das Umlagegetreide. Müller gab der Auffassung Ausdruck, daß sich die Reichsregierung neben rein wirtschaftlichen Gründen insbesondere von der Angst um den Zusammen-

bruch der Getreidewirtschaft bei ihrer Zustimmung für erhöhte Getreidepreise leiten läßt. Tatsächlich scheint dieser Einwand der Regierung nicht unbegründet zu sein. Genosse Müller formulierte die Aufgabe der Fraktion in der heutigen Sitzung dahin, festzustellen, ob neben einer Erhöhung der Preise für Mehl aus Auslandsgetreide auch der Anspruch der inländischen Brotgetreideerzeuger anerkannt werden und in welchem Maße das geschehen soll. In diesem Zusammenhang erwähnte Müller an die eventuellen Konsequenzen, die sich aus der Stellungnahme der Fraktion ergeben können.

Hierauf begründete Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt die Stellungnahme der Reichsregierung, die eine Erhöhung des Umlagegetreides — ohne zu dem Maß der Erhöhung endgültig Stellung genommen zu haben — für berechtigt hält. Nach den statistischen Feststellungen des Reichsernährungsministeriums sind die Aufwandskosten der Erzeuger durchschnittlich um das Dreifache in der Zeit von Mai bis jetzt gestiegen. Sollte dieser Steigerung Rechnung getragen werden, dann würde das einen Umlagepreis von ungefähr 20 000 Mark pro Tonne ergeben, der immerhin noch um 28 000 M. hinter dem im freien Handel erzielten Getreidepreis zurückbleiben würde.

Daran schloß sich die Aussprache, die sich in der Hauptsache mit der Festsetzung des Preises für das erste Umlagegetreide befaßte. Um 1 Uhr wurde die Aussprache unterbrochen und auf 3 Uhr vertagt.

Die Teuerungsdebatte im Landtag.

Der Preussische Landtag setzte heute die Debatte über die Teuerung fort. Das Haus ist zu Beginn der Sitzung sehr schwach besetzt. Das Wort hat zunächst der Deutschnationale Hoffmann-Münster. Er spricht vor allem über die Notlage der geistigen Arbeiter, zu deren Linderung viel mehr Mittel aufgewendet werden müßten, als das bisher geschehen ist.

Nach dem Deutschnationalen spricht der Demokrat Dejer. Er wendet sich gegen die parteipolitische Betrachtung der großen Probleme, die zur Debatte stehen. Parteipolitische Auseinandersetzungen — so betont er — bringen uns nicht aus der Not heraus. Die Ursachen der Not liegen tiefer als die oberflächliche Betrachtung annimmt. Alle Parteien, auch die Regierungsparteien, haben ja große Anfragen in Menge eingebracht, ein Beweis, daß die Schuld nicht bei der Regierung gesucht wird. Die Probleme sind groß und schwer, allein nur die Lösung dieser Probleme schaffen einen wirklichen Schutz der Republik. Die Republik muß den großen Versuch zur Behebung der Schwierigkeiten machen. Bis jetzt hat es daran gefehlt. Die Ursache des Verfalls liegt vor allem darin, daß bis jetzt eine einheitliche nationale Willensbildung nicht gelungen ist. Das kam bis jetzt immer daher, daß die Außenpolitik zu sehr parteipolitisch angepaßt wurde. Jedesmal, wenn eine Reparationskrise auftaucht, haben wir im Ru auch gleich innerpolitische Krisen. Das muß anders werden. Es muß gelingen, einen großen nationalen geschlossenen Willen zu schaffen. Das kann gelingen, wenn die ewigen Schuldfragen beiseite bleiben. Auch der Arzt fragt nicht nach der Schuld, wenn er an das Krankenbett tritt; er untersucht und hilft. So gilt es für uns, eine großzügige Wirtschaftspolitik zu treiben. Bis jetzt sind die Linien dieser Politik noch nicht sichtbar. Es ist notwendig, das ganze Volk, die gesamte Öffentlichkeit auf den Ernst der Lage und auf die Schwierigkeiten der Probleme aufmerksam zu machen. Wir haben das Kohlenproblem, das jetzt nach dem Verlust von Oberschlesien fürchterlich drückend auf uns lastet.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Orientkonferenz in Mudania.

Am morgigen Dienstag soll in Mudania die Konferenz zwischen den Kemalisten und der Entente zusammentreten, um über die (von Kemal nicht anerkannte) neutrale Zone und über Thrazien zu reden, das die Entente anscheinend Griechenland wieder wegnehmen will. Die neue griechische Regierung schiebt aber unausgesetzt Truppen nach Thrazien, und man fürchtet, daß sie Thrazien nicht widerstandslos räumen, es aber gewiß nicht unverwundet hinterlassen würden. Nach den Abmachungen zwischen Franklin Bouillon und Kemal soll Thrazien sofort unter alliierte Zwischenverwaltung kommen und alsbald unter eine Entente-Kommission und kemalistische Gendarmerie. Indessen äußert Franklin Bouillon dem französischen Außenministerium dröhnliche Befürchtungen, daß die Nationalversammlung in Angora diesem Programm nicht zustimmen würde. Eine Note der Angoraregierung an Poincaré begrüßt das versöhnliche Eingreifen Franklin Bouillons und sagt:

Im Vertrauen auf die Versicherungen, die Franklin Bouillon im Einverständnis mit den in Paris versammelten Vertretern der Mächte der Entente gegeben hat, und in der Ueberzeugung, daß man sofort zu Verhandlungen zwecks Herstellung des Friedens schreiten wird, wird der Befehl erteilt, sofort die verschiedenen Maßnahmen einzuführen, die sich ununterbrochen in der Richtung auf Konstantinopel und Ichnan-Kalefi in Verfolgung der hellenischen Armee entwickelt haben. Die von Franklin Bouillon gegebenen Versicherungen haben die Gefühle der Gerechtigkeit erkennen lassen, von denen die Vorschläge der Entente zur Sicherung der Rechte der Türkei geleitet werden. Bedoch würde die Befassung

Thraziens unter der Verwaltung und Befehung der hellenischen Armee, und wäre es auch nur für einen Tag länger, Grund zu Gefahren aller Art für die Bevölkerung der Türkei sein. Es ist daher unerlässlich, Thrazien bis westlich der Mariza und einschließlich Adrianopels sofort zu räumen und es der Regierung der türkischen Nationalversammlung zurückzugeben. General Somel Pasha, Oberbefehlshaber der Westfront, ist als unser Vertreter bei der Konferenz in Mudania ernannt worden. Ich bitte Sie, die Generäle bestimmen zu wollen, die sich zu dieser Konferenz begeben sollen, und uns deren Namen mitzuteilen.

Inzwischen sind etwa 300 Mann Kemaltruppen über den Bosphorus auf europäischen Boden gelangt. Es scheinen wahrlich nicht die Ersten zu sein. Die Türken haben auch die Inseln Mytilene, Samos und Chios besetzt, die nach dem Sèvres-Diktat Griechenland gehören sollten.

Zum Beginn des Rathenau-Prozesses.

Vor dem Leipziger Reichsgericht beginnt am morgigen Dienstag die voraussichtlich geraume Zeit in Anspruch nehmende Verhandlung gegen 15 Angeklagte, die sich vor dem Staatsgerichtshof wegen indirekter Teilnahme an dem Attentat zu verantworten haben werden, dem Walter Rathenau am 24. Juni d. J. zum Opfer gefallen ist.

Das Ergebnis der Untersuchung ist in großen Zügen bekannt. Nach den angefertigten Ermittlungen sieht es die Anklagebehörde als erwiesen an, daß der Mord an Rathenau aus fanatischem Antisemitismus und in dem Wahn begangen worden ist, daß durch die Tat eine Erhebung der Arbeiterschaft und nach deren Niederwerfung die Einsetzung einer rechtsradikalen Regierung in Deutschland herbeigeführt werden könne.

Ungarns Außenpolitik.

Von Alexander Szántó.

Die Aufnahme Ungarns in den Völkerbund, nach Ueberwindung mannigfacher Schwierigkeiten und Verzögerungen nun doch erfolgt ist, bedeutet zweifellos einen moralischen Erfolg des Horthy-Regimes. Es war seit der Ausrichtung der gegenrevolutionären Herrschaft in Ungarn im Spätsommer 1919 stets das Bestreben der Budapester Gewalthaber, ihr Land nach außen hin als ein völlig konsolidiertes Staatswesen hinzustellen, in dem Ruhe und Ordnung herrschten, und das ein gleichwertiges Glied in der Reihe der demokratischen Staaten Europas sei. Die große und die kleine Entente trauten lange Zeit diesem Frieden nicht, und ihre Regierungen gaben mehr als einmal der Ansicht Ausdruck, daß die Ruhe in Ungarn verzweifelte Ähnlichkeit mit der Ruhe eines Kirchhofes habe, und daß es mit der Ordnung eine eigene Bewandnis haben müsse in einem Lande, welches durch Terrorakte, Königsputsch und Grenzkämpfe die Aufmerksamkeit der Welt andauernd auf sich lenkte. Indessen scheint seit dem Tode des Habsburgsprofes Karl und seit der Beilegung des Burgenlandkonfliktes sowohl in London, Paris und Rom als auch in Prag, Belgrad und Bukarest eine verständlichere Stimmung gegenüber Budapest Platz gegriffen zu haben, und der Eintritt Ungarns in den Völkerbund dokumentiert offenkundig, daß das Land der Pogrome und Internierungslager zum anerkannten Mitglied der europäischen Völkergemeinschaft geworden ist.

Es liegt kein Anlaß vor, diese Tatsache als besonders bedauernd wert hinzustellen. Bedauernder ist es beispielsweise, daß das Frankreich Poincarés, das an reaktionären und imperialistischen Kräfteinstellungen dem Ungarn Horthy nichts nachgibt, im Völkerbunde die ausschlaggebende Rolle spielt. Wohl aber sehen wir uns veranlaßt, in der deutschen Öffentlichkeit erneut auszusprechen, was in Ungarn nicht ausgesprochen werden darf, nämlich, daß Horthy-Ungarn nicht identisch ist mit dem wahren demokratischen Ungarn, daß die Männer, die gegenwärtig in den ungarischen Ministerkabinetts sitzen, kein Recht haben, im Namen des ungarischen Volkes Politik zu treiben, daß der „Reichsverweser“, der in der Ofener Königsburg residiert, ein Usurpator der Macht ist, und daß die ungarische „Nationalversammlung“ nur die Karikatur einer Volksvertretung darstellt. In dem Moment, wo die imperialistischen Regierungen der Entente sich anschicken, die nicht minder imperialistische Regierung Horthy-Ungarns an ihr Herz zu drücken, erscheint es uns notwendig, festzustellen, daß die Massen des ungarischen Volkes und seine wahren Führer, die gegenwärtig noch das bittere und färgliche Brot der Verbannung essen müssen, nichts gemein haben mit der Politik des Kabinetts Bethlen, die ehrgeizig und gewissenlos genug ist, ihre Kreise über die Grenzen des eigenen Landes hinaus zu ziehen.

Denn es bereiten sich allerdings in Budapest Dinge vor, die geeignet sind, die Aufmerksamkeit ganz besonders der europäischen Arbeiterschaft in hohem Maße zu erregen. Das Ministerium Bethlen bereitet eine „aktive“ Außenpolitik vor. Sechs ungarische Gesandte in Hauptstädten des Auslandes sind pensioniert worden und sollen durch neue Männer ersetzt werden. Das gilt auch für den Berliner Gesandtenposten, wo bisher der gemütsliche alte Herr v. Emmich von und gottesfürchtig seines Amtes waltete und kein Wässerchen trübte. Als sein Nachfolger wird ein Mann nach der deutschen Reichshauptstadt kommen, dem der Ruf eines sehr energischen und überaus gewandten Diplomaten vorausgeht. Wir hoffen, daß der neue ungarische Gesandte in Berlin, Herr v. Kanya, seine Energie und Gewandtheit dazu benutzen wird, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn auszugestalten und damit beiden Ländern einen Dienst zu erweisen. Für die Herstellung enger politischer Beziehungen, etwa wie sie bereits zwischen gewissen bayerischen Stellen und Budapest bestehen, oder wie sie gerade augenblicklich zwischen italienischen Faschisten und ungarischen „Erwachenden“ geschaffen werden, dürfte Berlin kaum ein geeignetes Betätigungsfeld sein.

Wenn die ungarische Regierung terroristische Vereinigungen des Auslandes unterstützt und ihren Mitgliedern im Notfall sicheres Asyl im eigenen Lande gewährt, so betreibt sie ein Geschäft, das nicht einmal den Reiz der Neuheit besitzt, denn die russische Sowjetregierung hat jahrelang daselbst getan; nur waren es in diesem Falle linkssozialistische Elemente, die sich der Gunst Moskaus erfreuen konnten, während in dem anderen Falle rechtssozialistische Kreise die liebevolle Anteilnahme Budapests genießen. Die deutsche Arbeiterschaft bedankt sich sowohl für die eine wie für die andere Sorte.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Meldungen erwähnt werden, die in letzter Zeit von offenbar gut informierter Seite in der Presse des Auslandes verbreitet wurden und die Kunde gaben von Bemühungen zur Herbeiführung einer engen staatlichen Verbindung Ungarns mit Rumänien. In der Hauptsache handelt es sich dabei wohl um eine Lösung des siebenbürgischen Problems, im Hintergrunde des ganzen Projektes soll aber der Gedanke einer Allianz Italien • Oesterreich • Ungarn • Ru-

Eine Genugtuung.

Die „Vergewaltigung“ eines Arztes.

Im „Vorwärts“ wurde seinerzeit über das unerhörte Urteil der Oester Strafkammer in Sachen des demokratischen Arztes...

Auf Grund dieser beiden Urteile hatte Dr. Köblich ein ärztliches Ehrengerichtsoverfahren gegen sich selber beantragt...

Dieser Freispruch bedeutet eine neue Beurteilung der Oester Strafkammer...

Das ostoberschlesische Wahlergebnis.

Breslau, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das endgültige Wahlergebnis nach ostoberschlesischen Sejm in Katowitz...

Hausherrnensteuer in Wien. In Wiener Hausherrenkreisen wurde beschlossen, wegen Nichterfüllung der zum 1. Oktober...

Der Dollar flackert wieder.

Die deutschen Börsen mit Ausnahme von Hamburg blieben heute für den Effektenverkehr geschlossen mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit...

Devisenkurse.

Table with 4 columns: Währung, 2. Oktober (Kauf-Verkauf), 30. September (Kauf-Verkauf). Rows include 100 holländische Gulden, 1 argentinischer Papier-Peso, etc.

Der letzte Tag.

Ein schönes sonniges Herbstwetter begünstigte den Besuch des Zoologischen Gartens am Tage vor seiner Winterschließung...

Bernotat wieder verhaftet.

Der aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit entwichene Gentlemensbrecher Karl Bernotat und sein Helfershelfer Otto Raminitsky...

Der „Sparverein“ aus der Kaunynstraße.

Die Sucht, ein berühmter Verbrecher zu werden. Eine der wohlhablichsten Verbrecherbanden, die seit Jahresfrist Einbrüche in Konfektionshäusern machte...

Bereits im Oktober vergangenen Jahres begann die Bande mit ihren verwegenen Einbrüchen. Sie ging, da die Konfektionshäuser...

Ein neuer Kommunalbetrieb.

Unsere Genossen haben im Rathaus beantragt, die städtischen Druckereien in einer eigenen städtischen Druckerei herzustellen...

Die gestrigen Demonstrationen der SPD.

Nach der intensiven Propaganda, die die SPD in der letzten Zeit für ihren Betriebsratkongress veranstaltet hatte...

Der „Deutsche Pädagogische Studentenbund“ hielt am 1. Oktober in Berlin seinen 2. ordentlichen Bundeskongress ab...

Reisehilfe für Schwerkrriegsbeschädigte. Seit längerer Zeit sind in den Personenzügen besondere Abteile für Schwerkrriegsbeschädigte geschaffen...

worden, in jedem einzelnen Fall den Schwerkrriegsbeschädigten auf der Reise behilflich zu sein und für sie auch in den Eil- und D-Zügen Sitzplätze und angemessene Unterkunft zu sichern.

Bis aufs Hemd ausgeplündert. Von Räubern überfallen, niedergeschlagen und vollständig ausgeplündert wurde in der Nacht vom Sonntag gegen 1 Uhr der Unterwachtmeister...

Die Kinderlesstube Trepfow, Riefholzstr. 46, Gemeindefschule I (4 Treppen) wird am Montag, den 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr, wieder eröffnet...

Die Fortsetzung des Seeverkehrs von Ebnemünde nach Ostpreußen (Pillau) über den 30. September hinaus ist einstweilen gesichert...

Ehrendenkmalen im Gefängnis von Cort.

Im Gefängnis von Cort in Irland sind gegenwärtig 435 ausländische Republikaner inhaftiert. Diese weigerten sich kürzlich nach Beendigung ihres Spazierganges...

Zu der Explosionskatastrophe, die am 28. v. M. im Fort Falconare bei Spezia erfolgt ist und der mehr als 100 Menschenleben zum Opfer gefallen sind...

Explosion eines Leuchtturms durch schwimmende Älven. In der Nähe der Inseln ist durch Explosion einer schwimmenden Mine der finnische schwimmende Leuchtturm „Eorobrotten“ untergegangen...

Eisenbahnunfall. Der D-Zug 95 Köln-Hamburg wurde vorgestern, Sonntag, in der Nähe von Appelschellen von der Erde eines vorbeifahrenden Zuges, die sich geöffnet hatte, gestürzt...

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Veränderlich, überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern und südwestlichen Winden...

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Dienstag, den 3. Oktober: 22. und 23. Mitteilung. Nachm. 5 1/2 Uhr treffen sich die Aender zur Wahlarbeit in der Schule am Rindfleisch, Straße 54...

Sport.

Das Hatadoren-Rennen in Mariendorf.

Das reichhaltige Hatadoren-Rennen, 300 000 M., sollte sich am Sonntag in Mariendorf die gute Anländerin Edelochter Die Oesterreicherin Leanka aber, die dem herrlichen Großgrundbesitzer...

Die Radrennen auf der Olympiabahn hatten sich des günstigen Wetters wegen eines zahlreichen Besuches zu erfreuen. In den Dauerrennen starteten Bauer, Oahn, Ruchfom, Romanow und Sawaal...

